

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 191 Abs 1 S 1:**

Duldungsbescheid, Vollmacht, Zurechnung, Säumniszuschlag, Verfassungsmäßigkeit

Bundesfinanzhof Az: VII R 21/21

Wissenszurechnung bei Kontovollmachten - Anfechtbarkeit nach § 3 Abs. 1 AnfG: Unter welchen Voraussetzungen ist bei Kontovollmachten eine Wissenszurechnung gem. § 166 BGB im Rahmen des § 3 Abs. 1 AnfG möglich?

Verfassungsmäßigkeit der Höhe von Säumniszuschlägen: Sind die Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Zinsen gem. § 238 Abs. 1 Satz 1 AO auf Säumniszuschläge gem. § 240 Abs. 1 Satz 1 AO übertragbar?

■ **AO § 233:**

Stromsteuer, Erstattung, Zinsen

Bundesfinanzhof Az: VII R 29/21

Festsetzung von Zinsen auf erstattete Stromsteuer. Nach der Rechtsprechung des EuGH liege ein unionsrechtlicher Zinsanspruch vor. Daneben seien auch die Voraussetzungen des § 236 Abs. 1 Satz 1 Alternative 2 AO sowie des § 233 Satz 1 i.V.m. §§ 233a, 238, 239 AO erfüllt.

Das Verfahren war durch Beschluss vom 19.11.2019 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-100/20 ausgesetzt.

Nach der Entscheidung des EuGH vom 09.09.2021 wurde das Verfahren wieder aufgenommen.

■ **AO § 237:**

Schenkungssteuer, Grundlagenbescheid, Aussetzungszinsen, Folgebescheid

Bundesfinanzhof Az: II R 14/21

Führt die Aussetzung der Vollziehung des Folgebescheids, auf Grund der Aussetzung der Vollziehung des maßgeblichen Feststellungsbescheids, zu Aussetzungszinsen, wenn dieser Feststellungsbescheid wegen fehlender Bedeutung für die Besteuerung letztendlich nicht umgesetzt, aber bereits bestandskräftig geworden ist?

- **AO § 238 Abs 1 S 1:**
Zinsen, Zinssatz, Nachzahlungszinsen, Erlass

Bundesfinanzhof Az: IX R 24/21

Nachzahlungszinsen für das Veranlagungsjahr 2012 (Zinszeitraum: 1. April 2014 bis 11. April 2016) - Hat sich der Normzweck von § 238 Abs. 1 Satz 1 der Abgabenordnung mit einem Zinssatz i.H. von 0,5% pro Monat (= 6% p.a.) durch die Niedrigzinsphase erledigt? Welche Bedeutung erlangen im Streitfall die verspätet eingereichte Steuererklärung mittels elektronischer Übermittlung (ELSTER) einerseits und die zweijährige Bearbeitungszeit des Finanzamts andererseits? Ist dem nicht beratenen Steuerpflichtigen vorzuhalten, er hätte gleich bei der Erklärungsabgabe einen möglichen Antrag auf Erhebung einer nachträglichen Vorauszahlung zur Einkommensteuer stellen müssen, um das Entstehen der Nachzahlungszinsen zu verhindern?

Das Verfahren IX R 42/17 ruhte gemäß Beschluss vom 21.02.2019 bis zur Entscheidung des BVerfG in den Verfahren 1 BvR 2237/14 und 1 BvR 2422/17. Das Verfahren wurde aufgrund der Entscheidung des BVerfG vom 08.07.2021 - 1 BvR 2237/21 und 1 BvR 2422/17 wieder aufgenommen und wird unter IX R 24/21 fortgeführt.

- **AO § 74 Abs 1 S 1:**
Haftung, Grundstückseigentümer

Bundesfinanzhof Az: VII R 25/21

Grundsätzliche Bedeutung des Tatbestandmerkmals "dienen" gem. § 74 Abs. 1 Satz 1 AO: "Dient" ein Grundstück einem Unternehmen, wenn dieses lediglich als Zwischenmieterin auftritt, sodass der Eigentümer des Grundstücks nach § 74 Abs. 1 Satz 1 AO für die Steuerschulden der Zwischenmieterin in Haftung genommen werden kann?

- **ErbStG § 13a:**
Grundstück, Grundbesitz, Nutzung, Nutzungsüberlassung, Dritter, Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer, Steuerbefreiung, Steuerbegünstigung

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 1493/21

Erbschaft- und Schenkungsteuer: Begünstigung von Grundstücken im Betriebsvermögen bei Nutzungsüberlassung an Dritte

--Verfassungsbeschwerde--

■ **ErbStG § 13b Abs 2 S 2 Nr 1:**

Sonderbetriebsvermögen, Betriebsvermögen, Gesonderte Feststellung

Bundesfinanzhof Az: II R 21/21

Verwaltungsvermögen gem. § 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 ErbStG a.F.: Zählt ein sich im Sonderbetriebsvermögen befindendes Grundstück zum Verwaltungsvermögen nach § 13b Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 ErbStG a.F.? Liegt eine einheitliche gewerbliche Tätigkeit vor, auch wenn die Vermietung des streitgegenständlichen Grundstücks sowie die Lagerbewirtschaftung in zwei einzelnen Verträgen erfolgt ist, oder liegt mit der Vermietung eine schädliche Nutzungsüberlassung an einen weiteren Dritten vor?

■ **ErbStG § 7 Abs 1 Nr 8:**

Schenkungsteuer, Stiftung, Familienstiftung, Freibetrag, Steuerklasse

Bundesfinanzhof Az: II R 25/21

Familienstiftung - Freibetrag und Steuerklasse des entferntest Berechtigten: Ist für die Bestimmung des Freibetrags und der Steuerklasse bei Übergang von Vermögen auf eine Familienstiftung auch eine im Stiftungsgeschäft als Begünstigte erfasste, aber noch nicht lebende Enkelgeneration zu berücksichtigen? Wer ist entferntest Berechtigter i.S.d. § 15 Abs. 2 Satz 1 ErbStG?

■ **EStG § 10 Abs 1 Nr 1a:**

Dauernde Last, Leibrente, Sonderausgabe, Wertsicherungsklausel, Änderungsmöglichkeit, Versorgungsleistung, Vermögensübertragung, Wiederkehrende Leistung

Bundesfinanzhof Az: X R 3/21

Abgrenzung zwischen Leibrente und dauernder Last bei Bezugnahme auf § 323 ZPO und gleichzeitigem Ausschluss der Abänderbarkeit wegen des Pflegerisikos:

Ist bei der Beurteilung von vertraglichen Bedingungen einer Vermögensübergabe bei Vereinbarung einer Abänderung nach § 323 ZPO stets typisierend eine Leibrente anzunehmen, falls die Vertragsparteien die Abänderbarkeit für die Fälle einer Heimunterbringung und/oder Pflegebedürftigkeit des Übergebers ausgeschlossen haben oder hat dieser Ausschluss jedenfalls dann hinter die Umstände des Einzelfalls zurückzutreten, wenn der ursprüngliche Passus bezüglich Heimunterbringung und Pflegebedürftigkeit während des streitbefangenen Zeitraums nicht relevant geworden ist und später aufgehoben wurde?

■ **ESTG § 10f Abs 1:**

Steuerbegünstigung, Baudenkmal, Denkmalschutz, Erhöhte Absetzung, Ausland, Frankreich, Kapitalverkehrsfreiheit, Behörde

Bundesfinanzhof Az: X R 4/21

Kann der in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtige Kläger für sein im Elsass gelegenes eigengenutztes Wohneigentum (Familienwohnsitz), das als Baudenkmal zum kulturgeschichtlichen Erbe Deutschlands gehört, für nachträgliche Herstellungskosten die Steuerbegünstigung nach § 10f Abs. 1 i.V.m. § 7i EStG beanspruchen, obwohl die durchgeführten Baumaßnahmen vor deren Beginn weder mit einer deutschen noch mit einer französischen Denkmalbehörde abgestimmt waren? Kann die Abstimmung i.S. des § 7i Abs. 1 Satz 6 EStG im Rahmen einer über den Wortlaut der Norm hinausgehenden europarechtskonformen Rechtsfortbildung durch eine nachträgliche Begutachtung ersetzt werden? Verstößt die Beschränkung der Steuerbegünstigung gemäß § 10f i.V.m. § 7i Abs. 1 Satz 1 EStG auf im Inland gelegene Baudenkmäler gegen Europarecht?

■ **ESTG § 15 Abs 1 S 1 Nr 2:**

Mitunternehmer, Nießbrauch, Schenkung, Zurechnung, Auslegung

Bundesfinanzhof Az: IV R 12/21

Ist der streitgegenständliche Vertrag über die Schenkung von Mitunternehmeranteilen unter Nießbrauchsvorbehalt dahin auszulegen, dass neben den laufenden Verlusten auch die Verluste der Mitunternehmerschaft aus der Veräußerung von Anlagevermögen dem Nießbrauchsberechtigten zuzurechnen sind? Entfällt bejahendenfalls das Mitunternehmerrisiko des Gesellschafters mit der Folge, dass nicht er, sondern der Nießbrauchsberechtigte als Mitunternehmer anzusehen ist?

■ **ESTG § 17 Abs 1 S 1:**

Kapitalgesellschaft, Ausländische Kapitalgesellschaft, Aktiengesellschaft, Kapital, Anteile, Veräußerung, Bezugsgröße, Beteiligungshöhe

Bundesfinanzhof Az: IX R 23/21

Von welcher Bezugsgröße ist bei einer US-amerikanischen Kapitalgesellschaft, im Streitfall handelt es sich um eine --incorporation-- nach dem Recht des US-Bundesstaats Delaware, die prozentuale Beteiligungshöhe für § 17 Abs. 1 Satz 1 EStG zu berechnen? Ist in diesem Kontext auf die tatsächlich ausgegebenen Anteile an Aktien (issued and outstanding shares) oder auf die im betreffenden Register in Delaware eingetragenen genehmigten Anteile an Aktien (authorized shares), die maximal ausgegeben werden dürfen, abzustellen?

■ **ESStG § 32 Abs 4 S 1 Nr 2:**

Kindergeld, Einheitlichkeit, Ausbildung, Studium, Berufstätigkeit

Bundesfinanzhof Az: III R 22/21

Stellt die Ausbildung zur Diplom-Finanzwirtin eine abgeschlossene Erstausbildung dar? Ist ein darauffolgendes Jurastudium zusammen mit der vorangegangenen Ausbildung zur Diplom-Finanzwirtin als einheitliche Erstausbildung anzusehen? Stellt die Tätigkeit als Steuerinspektorin die Hauptsache und das Jurastudium die Nebensache dar, sodass eine zeitliche Unterordnung des Studiums unter die Berufstätigkeit anzunehmen ist? Fehlt eine trennscharfe Rechtsprechung zwischen einheitlicher Erstausbildung und berufsbegleitender Weiterbildung (Zweitstudium), um zu einem sachgerechten Ergebnis zu kommen?

■ **ESStG § 37b Abs 1 S 2:**

Pauschalierung, Lohnsteuer, Zuwendung, Aufteilungsmaßstab, Bemessungsgrundlage

Bundesfinanzhof Az: VI R 15/21

Welcher Maßstab (Schätzung, VIP-Logen-Erlass) ist für die Aufteilung der Aufwendungen für die Nutzung einer VIP-Loge durch Arbeitnehmer und Geschäftsfreunde in Werbung und Sachzuwendungen gemäß § 37b Abs. 1 und 2 EStG (Bemessungsgrundlage?) angemessen, wenn im Gesamtbetrag der Aufwendungen nur die Leistungen Werbung und Eintrittskarten enthalten sind? Ist vor der Aufteilung ein Abzug für einen zur Betreuung der Geschäftspartner dienstverpflichteten Arbeitnehmer als Aufwand vorzunehmen? Inwieweit sind Leerplätze zu berücksichtigen?

■ **ESStG § 3b Abs 2 S 1:**

Steuerfreiheit, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, Grundlohn, Unterstützungskasse, Zufluss

Bundesfinanzhof Az: VI R 11/21

Sind Beiträge des Arbeitgebers (Entgeltumwandlung) an eine Unterstützungskasse, die den Arbeitnehmern keinen Rechtsanspruch auf Versorgung gegen die Versorgungseinrichtung einräumt, mangels Zuflusses nicht in die Berechnung des Grundlohns gemäß § 3b Abs. 2 Satz 1 EStG mit einzubeziehen?

■ **EStG § 5 Abs 1:**

Rückstellung, Steuerberatungskosten, Steuern

Bundesfinanzhof Az: XI R 19/21

Ist eine Rückstellung für die Nachforderung nicht hinterzogener Steuerbeträge und für Steuerberatungskosten aufgrund einer Betriebsprüfung im Jahr der wirtschaftlichen Veranlassung oder in dem Jahr zu bilden, in dem der Sachverhalt von der Betriebsprüfung aufgegriffen wird?

■ **EStG § 63 Abs 1 S 6:**

Kindergeld, Wohnsitz, Ausland, Mitteilung, Steuerhinterziehung, Steuerverkürzung

Bundesfinanzhof Az: III R 24/21

Kann es als vorsätzlich oder leichtfertig angesehen werden, wenn eine Mitteilung nach § 68 Abs. 1 Satz 1 EStG in Bezug auf den Wohnsitz von im Ausland zu Ausbildungszwecken wohnenden Kindern unterbleibt, sodass eine verlängerte Festsetzungsverjährung nach § 169 Abs. 2 Satz 2 AO eintritt? Stellt der Wegzug eines Kindes in das Ausland eine mitteilungspflichtige Tatsache im Sinne des § 68 Abs. 1 Satz 1 EStG dar?

■ **EStG § 6a:**

Pensionsrückstellung, Pensionszusage, Berechnungsmethode

Bundesfinanzhof Az: XI R 25/21

Ansatz und Berechnung einer Pensionsrückstellung für wertpapiergebundene Pensionszusagen?

■ **EStG § 9 Abs 1 S 3 Nr 5:**

Doppelte Haushaltsführung, Wohnfläche, Angemessenheit, Notwendigkeit, Dienstwohnung

Bundesfinanzhof Az: VI R 20/21

Sind Aufwendungen für eine Dienstwohnung unter den besonderen Gegebenheiten des Streitfalls (verpflichtendes Beziehen einer vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellten Dienstwohnung im Ausland nebst der damit einhergehenden Anrechnung der Dienstwohnungsvergütung auf die Dienstbezüge) unabhängig von deren Größe notwendige Mehraufwendungen i.S. des § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 EStG (keine Typisierung)?

■ **FVG § 21 Abs 3:**

Außenprüfung, Steuergeheimnis, Gemeinde

Bundesfinanzhof Az: III R 25/21

Wird das Steuergeheimnis durch Beteiligungsrechte der Gemeinde an Außenprüfungen der Landesfinanzbehörden dergestalt verletzt, dass Tatsachen, die der Gemeindebedienstete im Rahmen seiner Beteiligung erfährt, im Rahmen des Organisationsaufbaus hin zum Hauptverwaltungsbeamten (Oberbürgermeister) fließen und dort zu anderen, nicht steuer-spezifischen Zwecken verwendet werden? Haben die Gemeinden ein berechtigtes Interesse an der Teilnahme an Außenprüfungen der Finanzbehörden? Schließt das Bestehen einer Geschäftsbeziehung zwischen einer Kommune und dem geprüften Unternehmen unabhängig von Art und Umfang ein Beteiligungsrecht der Gemeinde aus?

■ **GG Art 1 Abs 1:**

Kindergeld, Ungleichbehandlung, Verhältnismäßigkeit

Bundesfinanzhof Az: III R 28/21

Beinhaltet die Ausschlussfrist nach § 70 Abs. 1 Satz 2 EStG eine systematische und strukturelle Ungleichbehandlung von Unionsbürgern? Verletzt die Fristenregelung eine abgrenzbare Personengruppe der Unionsbürger (hier: Gastarbeitnehmer) unverhältnismäßig in ihren Grundrechten nach Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG, Art. 3 GG, Art. 18 AEUV und Art. 21 AEUV bzw. Art. 45 AEUV?

■ **GrEStG § 1 Abs 2a:**

Grunderwerbsteuer, Mittelbarer Grundbesitz, Anteilsübertragung

Bundesfinanzhof Az: II R 28/21

Änderung des Gesellschafterbestands einer grundbesitzenden Personengesellschaft - "Alt- bzw. Neugesellschafter" i. S. d. § 1 Abs. 2a GrEStG:

Löst die Übertragung von GmbH-Anteilen, und einer damit verbundenen mittelbaren Beteiligung an einer grundbesitzenden KG, einen nach § 1 Abs. 2a GrEStG Grunderwerbsteuerpflichtigen Vorgang aus, wenn der Erwerber der Anteile bereits Komplementär der grundbesitzenden KG war?

■ **GrEStG § 1 Abs 3 Nr 2:**

Grunderwerbsteuer, Anteilsvereinigung, Kirche, Steuerbefreiung, Freigebige Zuwendung

Bundesfinanzhof Az: II R 24/21

Kann die Zusammenlegung von Kirchengemeinden Grunderwerbsteuer auslösen? Löst die Vereinigung mehrerer Kirchengemeinden zu einer neuen Gemeinde Grunderwerbsteuer

aus, wenn zu deren Vermögen Anteile an einer grundbesitzenden Kapitalgesellschaft gehörten und die neue Gemeinde sämtliche Anteile an dieser Kapitalgesellschaft erwirbt?

■ **GrEStG § 9 Abs 1 Nr 1:**

Grunderwerbsteuer, Gegenleistung

Bundesfinanzhof Az: II R 26/21

Handelt es sich bei der Übernahme der aus einem städtebaulichen Vertrag herrührenden Verpflichtung der Grundstücksverkäuferin, neugeschaffenen Wohnraum an von der Stadt benannte Mieter verbilligt zu überlassen, um eine sonstige Leistung i.S.d. § 9 Abs. 1 Nr. 1 GrEStG?

■ **KraftStG § 5 Abs 1 Nr 1:**

Kraftfahrzeug, Insolvenz, Masseverbindlichkeit, Ermittlungspflicht, Mitwirkungspflicht

Bundesfinanzhof Az: IV R 16/21

Trifft die Feststellungslast für das Vorhandensein eines Steuergegenstands in der Masse die Finanzbehörde, wenn der Insolvenzverwalter verhältnismäßige Ermittlungsmaßnahmen durchgeführt hat, damit aber die Massezugehörigkeit oder den Verbleib auf den Schuldner zugelassener Kfz nicht aufklären konnte? Wie weit reicht die Mitwirkungspflicht des Insolvenzverwalters?

■ **KraftStG § 7 Nr 1:**

Kraftfahrzeugsteuer, Steuerschuldner, Insolvenz, Mitwirkung, Nachweis

Bundesfinanzhof Az: IV R 18/21

Obliegt dem Insolvenzverwalter über das Vermögen eines Autovermieters der Nachweis, dass auf den Schuldner zugelassene Fahrzeuge, deren Verbleib ungeklärt ist, nicht zur Insolvenzmasse gehören, um eine Festsetzung der Kraftfahrzeugsteuer gegen die Masse allein aufgrund der Haltereigenschaft des Schuldners abzuwenden?

- **KStG § 14 Abs 1 S 1 Nr 2:**
Organschaft, Atypische stille Beteiligung, Gewinnabführung, Verdeckte Gewinnausschüttung

Bundesfinanzhof Az: I R 17/21

Organschaft und atypisch stille Beteiligung¹. Kann eine Kapitalgesellschaft, an der eine atypisch stille Beteiligung besteht, mangels Abführung des Gesamtgewinns ertragsteuerrechtlich keine Organgesellschaft sein?². Ist die Gewinnabführung einer "verunglückten Organschaft" steuerrechtlich als verdeckte Gewinnausschüttung zu behandeln?

- **KStG § 5 Abs 1 Nr 9:**
Zweckbetrieb, Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, Gemeinnützigkeit

Bundesfinanzhof Az: V R 28/21

1. Sind Gewinne eines Krankenhauses aus der Überlassung von Personal- und Sachmitteln an Krankenhausärzte zur Durchführung von ambulanten Behandlungen im Rahmen ihrer genehmigten Chefarztambulanzen i.S. von § 116 SGB V bzw. § 31a Ärzte-ZV dem Zweckbetrieb Krankenhaus zuzuordnen?². Sind Betriebsausgaben eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs teilweise einem ebenfalls unterhaltenen Zweckbetrieb zuzuordnen, wenn Mitarbeiter des Zweckbetriebs Leistungen des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs zu einem verbilligten Preis überlassen bekommen?

- **KStG § 8b Abs 4 S 6:**
Schachtelbeteiligung, Schachtelprivileg, Beteiligung

Bundesfinanzhof Az: I R 16/21

Anwendung des § 8b Abs. 4 Satz 6 KStG bei mehraktigem unterjährigem Erwerb¹. Dient das Tatbestandsmerkmal "Beteiligung" in § 8b Abs. 4 Satz 6 KStG nach seinem im Geschäftsverkehr verstandenen Inhalt im Wesentlichen der Bestimmung der ideellen Summe der gesellschaftsrechtlichen Berechtigungen des Anteilseigners am Kapital und am Gewinn der Kapitalgesellschaft und erschöpft es sich damit in der Umschreibung dieser Größe durch Angabe eines entsprechenden Prozentsatzes?². Tritt die Rechtsfolge des § 8b Abs. 4 Satz 6 KStG bereits dann ein, wenn zu irgendeinem Zeitpunkt im Laufe des Kalenderjahres eine Beteiligungshöhe von mindestens 10 % erreicht wurde?

■ **SGB 4 § 7f Abs 1 S 1 Nr 2:**

Lohnsteuer, Außenprüfung, Haftungsbescheid, Arbeitgeber, Wertguthaben, Abfindung, Deutsche Rentenversicherung Bund

Bundesfinanzhof Az: IX R 25/21

Können Abfindungen, die als Entschädigungsleistungen für den Verlust von Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit geleistet werden, zur Vermeidung eines Zuflusses bei den Arbeitnehmern in wirksamer Weise in Zeitwertkonten (Wertguthaben) zugeführt bzw. auf die Deutsche Rentenversicherung Bund steuerfrei übertragen werden?

■ **StBerG § 6 Nr 4:**

Hilfeleistung in Steuersachen, Antrag, Lohnsteuer-Anmeldung, Verspätungszuschlag, Buchhaltung

Bundesfinanzhof Az: VII R 22/21

Befugnisse von Buchführungsbüros: Ist eine Buchhaltungsgesellschaft, welche Lohnsteueranmeldungen nach § 6 Nr. 4 StBerG durchführt, berechtigt einen Antrag auf Erlass eines Verspätungszuschlags zur Lohnsteueranmeldung zu stellen?

■ **UStG § 1 Abs 1 S 1 Nr 1:**

Steuerbare Leistung, Leistungsaustausch, Gutschein, Vermittlungsleistung, Internet, Infrastruktur

Bundesfinanzhof Az: V R 35/20

Verkauf von Gutscheinen für Freizeiterlebnisse über ein Internetportal als steuerbare Leistung: Wird mit dem Betrieb eines Internetportals zum Erwerb von Erlebnisgutscheinen unter Bereitstellung einer Infrastruktur zur Buchung und Inanspruchnahme der angebotenen Erlebnisse eine steuerbare Leistung an die Gutscheinwerber erbracht?

■ **UStG § 13b Abs 5 S 1:**

Steuerschuldner, Umsatzsteuer-Identifikationsnummer, Leistungsempfänger, Unternehmereigenschaft, Nachweis, Reverse charge

Bundesfinanzhof Az: V R 20/21

Setzt eine Umkehr der Steuerschuldnerschaft auf den Leistungsempfänger gem. § 13b Abs. 5 Satz 1 i.V.m. §§ 13b Abs. 1, 3a Abs. 2 UStG voraus, dass dem Leistungsempfänger eine gültige USt-IdNr. erteilt wurde und er diese dem Leistenden mitgeteilt hat oder kann der Nachweis der Unternehmereigenschaft des Leistungsempfängers auch auf andere Weise als durch dessen USt-IdNr. erbracht werden?

- **UStG § 15 Abs 1:**
Vorsteuerabzug, Unternehmerische Nutzung

Bundesfinanzhof Az: XI R 16/21

Streitig ist der Vorsteuerabzug aus den Kosten für eine Dachreparatur bei Betrieb einer PV-Anlage: Ist der Vorsteuerabzug aus Eingangsleistungen zur Beseitigung von Schäden, die allein durch die mehrjährige Ausführung besteuert Umsätze verursacht wurden, zulässig, auch wenn die Schäden am nichtunternehmerisch zugeordneten Privatvermögen des Unternehmers entstanden sind und im Zuge der Beseitigung dieser Schäden die relevanten Eingangsleistungen damit ebenfalls (teilweise) in eine zukünftige private (nichtunternehmerische) Verwendung einfließen?

- **UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1:**
Vorsteuerabzug, Betriebsveranstaltung, Aufmerksamkeit, Weihnachtsfeier, Freigrenze

Bundesfinanzhof Az: V R 16/21

Anwendung der einkommensteuerrechtlichen Regelungen zu Betriebsveranstaltungen als Aufmerksamkeiten im Umsatzsteuerrecht: 1. Hat sich das Umsatzsteuerrecht bei der Berechnung der Grenze für das Vorliegen von Aufmerksamkeiten (hier im Rahmen eines Kochevents als betriebliche Weihnachtsfeier) an der neuen gesetzlichen Regelung in § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG zu orientieren? 2. Können nur solche Veranstaltungsbestandteile in die Berechnung miteinbezogen werden, welche durch die Teilnehmer unmittelbar konsumiert werden? Haben demnach angemietete Räumlichkeiten und Personal zur Verbesserung des Ambientes unberücksichtigt zu bleiben?

- **UStG § 2 Abs 2 Nr 2:**
Organschaft, Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Ehegatten, Leistungsaustausch, Wirtschaftliche Eingliederung

Bundesfinanzhof Az: V R 23/21

1. Ist bei einer Einmann GmbH & Co. KG auch die nicht am Kapital beteiligte Komplementär-GmbH Teil eines Organkreises, wenn diese entgeltliche Leistungen an die Einmann GmbH & Co. KG erbringt und zwischen der Einmann GmbH & Co. KG und dem Kommanditisten eine Organschaft besteht? 2. Erfolgt die Grundstücksvermietung von Ehegatten stets als GbR oder gilt die Bruchteilsbetrachtung des BFH (Urteil vom 22.11.2018 - V R 65/17, BFH/NV 2019, 359) auch für Vermietungstätigkeiten?

■ **UStG § 3 Abs 1:**

Lieferung, Strom, Blockheizkraftwerk, Verfügungsmacht, dezentraler Verbrauch

Bundesfinanzhof Az: V R 22/21

Frage des Vorliegens einer Lieferung von in einem BHKW erzeugtem und selbst (dezentral) verbrauchtem Strom: Liegt eine umsatzsteuerliche Lieferung von in einem Blockheizkraftwerk erzeugtem und dezentral verbrauchtem Strom i.S. des § 3 Abs. 1 UStG an den Netzbetreiber auch dann nicht vor, wenn eine Verpflichtung des Netzbetreibers zur Zahlung des KWK-Zuschlags nach § 4 Abs. 3a KWKG 2009 bestand und dieser von dem Anlagenbetreiber auch in Anspruch genommen wurde?

■ **UStG § 4 Nr 11b:**

Universaldienstleistung, Post, Steuerfreiheit, Briefsendung, Allgemeine Geschäftsbedingungen, Handyporto

Bundesfinanzhof Az: V R 6/21

Zur Frage des Vorliegens von Post-Universaldienstleistungen: 1. Sind Leistungen, die ein Universalpostdienstleister unter den Produkttiteln "DV-freigemachte Briefsendungen", "Brief mit Handyporto", "Teilleistungen", "Brief International zum Kilotarif" und "Nachnahme Brief" erbringt, unter richtlinienkonformer Auslegung des § 4 Nr. 11b UStG als steuerfrei zu behandeln? 2. Ist das Produkt "Nachnahme Paketsendung bis 10 kg" als einheitliche --komplexe-- Leistung keine Universaldienstleistung und unterliegt somit der Steuerpflicht? 3. Führen Vertragsbedingungen in Gestalt von produktbezogenen "AGB", die ein Universalpostdienstleister nicht mit seinen Kunden im Einzelnen aushandelt, sondern die von den Kunden des Universalpostdienstleisters nur so, wie sie von diesem gestellt werden, akzeptiert werden können, nicht zu einer Verneinung der Steuerbefreiung als Sondervereinbarungen gemäß oder analog § 4 Nr. 11b Satz 3 Buchst. a UStG?

■ **ZKDV Art 292:**

Passive Veredelung, Einfuhrabgaben

Bundesfinanzhof Az: VII R 27/21

Handelt es sich um ein fahrlässiges Versäumnis die eingeführte Ware nicht bei dem laut Bewilligung angegebenen Zollamt zur vorübergehenden Ausfuhr anzumelden, sodass die Befreiung von Einfuhrabgaben nicht gewährt werden kann, da die Bedingungen des Art. 150 Abs. 2 ZK nicht erfüllt sind und dies wirkliche Folgen für das reibungslose Verfahren der passiven Veredelung hat?